Nummer 170 — 26. Jahrgang

6mal wöch. Bezugspreis für Juli 3,00 Mk. einschl. Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1gesp. Petitzeile 30 ₰, Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 Millimeter breit, 1 ℳ. Offertengebühren für Selbstabholer 20 ₰, bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 ₰, Sonntags-Nr. 20 ₰. Geschäftlicher Teil: Artur Lenz in Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Dienstag, den 26. Juli 1927

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für undeutl. u. d. Fernruf übermitt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht versehene Manuskripte werd. nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2—3 Uhr nachmittags. Hauptschriftleiter: Dr. G. Deseczyk, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden. Dresden-A. 1, Pollerstraße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 2703. Bankkonto: Stadtbank Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Um den Völkerbund.

Nochmals Katholiken und Freimaurer.

Von

Prof. Comte de Reynold,

Mitglied und Generalberichterstatter der Völkerbundskommission für intellektuelle Zusammenarbeit.

Nach Nummer 5 der „Wiener Freimaurerzeitung" hat die „Germania" vom 15. Juni ihren Lesern die Pläne der Freimaurerei enthüllt. Diese gehen auf nichts Geringeres hinaus, als darauf, sich des Völkerbundes zu bemächtigen, um daraus gleichzeitig einen Ueberstaat zu machen, ein Weltkultusministerium und eine gegen die katholische Kirche gerichtete Weltkirche.

Diese Pläne sind alt, sie gehen zurück auf die Entstehung des Völkerbundes selbst, ja noch weiter zurück, bis auf die Entstehung der Freimaurerei. Aber sie sind im Begriff, sich systematisch zu verwirklichen, dank den freimaurerischen Hilfsmitteln, die uns zu denken geben müssen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß seit vorigem Herbst die Freimaurerei, die durch das Schisma der amerikanischen Logen nicht wenig geschwächt worden war — ein Schisma, dessen ernsteste Konsequenz auf finanziellem Gebiet lag: die amerikanischen Maurer hörten auf, große Geldsummen an ihre Brüder in Europa zu schicken — wieder zur Offensive übergegangen ist. Diese Offensive, man fühlt sie überall, in allen internationalen Zusammenkünften, bei allen Arbeiten des Völkerbundes. Gegen uns Katholiken gerichtet, macht sie uns eine stete Wachsamkeit und eine viel wirksamere internationale Organisation unserer Kräfte zur gebieterischen Pflicht.

Die Tatsache, daß der Heilige Stuhl und der Völkerbund sich offiziell ignorieren, daß der Heilige Stuhl nicht in Genf vertreten ist, und daß er sogar verpflichtet ist, dem Völkerbunde gegenüber eine große Zurückhaltung zu beobachten, gestaltet ohne Frage das Vorgehen der Katholiken sehr viel schwieriger. Sie müssen handeln, denn sie haben ihre Grundsätze und ihre Werke zu unterstützen und zu verteidigen. Aber sie können es nur auf ihre eigene Rechnung und Gefahr tun, wohl wissend, daß sie nur sich selbst engagieren, und sich mit der größten Sorgfalt hütend, jemals die kirchliche Autorität zu binden oder bloßzustellen.

Am dringendsten notwendig ist, daß sich die Katholiken so gut und so rasch wie möglich über die Tätigkeit des Völkerbunds und aller mit ihm zusammenhängenden Organisationen informieren. Die Freimaurer haben sich beeilt, in Genf eine dauernde Vertretung einzurichten. Zionisten, Sozialisten, Quäker u. a. haben desgleichen getan. Die Errichtung eines katholischen Informationsbüros in Genf ist in hohem Maße wünschenswert. Die Verwirklichung dieses Gedankens ist zwar schwierig, gerade wegen der heiklen Situation des Heiligen Stuhles. Aber sollte es wirklich unmöglich sein, mit Hilfe privater Initiative, eine wenigstens provisorische Lösung zu finden? Wir fürchten: „Ja".

Auf jeden Fall scheint uns wünschenswert, daß die zahlreichen Katholiken, die vorübergehend beim Völkerbunde weilen, eine Gelegenheit erhielten, sich zu treffen und ihre Gedanken auszutauschen. Wir denken da an die Mitglieder der Delegationen zur Völkerbundsversammlung, an Kommissionsmitglieder, Sachverständige, Mitglieder des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes und seiner Sonderausschüsse, Mitglieder internationaler Vereinigungen privater Art, die an einem der unaufhörlichen aufeinanderfolgenden Kongresse in Genf teilnehmen, an Journalisten, sowie an Leute, die studienhalber oder auch aus reiner Neugierde Genf besuchen. Unsere Schwäche rührt daher, daß wir uns gegenseitig nicht genügend kennen, daß uns der regelmäßige gegenseitige Kontakt fehlt. Omne disperum fragilo: Isolierung macht schwach, während unsere Gegner seit langem das Geheimnis der Organisation erfaßt haben. Vielleicht wäre es Sache der Genfer Katholiken, wenn sie die Mittel dazu besäßen — aber man könnte sie ihnen auch beschaffen —, die Initiative zu ergreifen. Ein einfaches Lokal, während der Sitzungen der Völkerbundsversammlung dauernd zugänglich, würde für den Anfang genügen. Das Wesentliche wäre, daß Katholiken, die auf der Durchreise in Genf sind, wüßten, wo und wann sie ihre Religionsgenossen treffen können.

Ein anderes Anliegen ist das Schicksal der katholischen Beamten beim Generalsekretariat und beim Internationalen Arbeitsamt. Es gibt deren einige, sie sind sogar ziemlich zahlreich. Einer von ihnen trägt sogar die Soutane: Es ist der hochintelligente, eifrige, unermüdliche Vater Arnou vom Internationalen Arbeitsamt. Aber auch in diesen Fällen sieht man sich der Isolierung, der Zersplitterung gegenüber. Wäre es nicht angebracht, an die religiösen Bedürfnisse aller dieser Beamten zu denken, an die so reiche katholische Kultur, auf die gerade sie besonders angewiesen sind, in diesem internationalen Milieu, wo alle falschen Lehren ohne Unterlaß zirkulieren?

Diese Feststellung bringt uns zu einer anderen, nicht minder bedeutsamen: Der Auswahl der internationalen Beamten. Denn der internationale Dienst ist eine neue, aber heute schon stark verbreitete Laufbahn geworden. Man bedenke, daß es beim Völkerbundssekretariat mehr als 400 Beamte gibt, mehr als 400 beim Internationalen Arbeitsamt, 70 beim Institut für intellektuelle Zusammenarbeit; dazu zähle man jene beim Internationalen Gerichtshof im Haag, ferner jene, die von privaten Vereinigungen angestellt sind, wie den zahlreichen nationalen Völkerbundsligen, sowie der interparlamentarischen Union. Man kann die Zahl der Posten in diesen neuen Karrieren schon heute auf 1500—2000 veranschlagen. Diese Zahl nimmt von Tag zu Tag zu und für jeden zu besetzenden Posten melden sich unzählige Kandidaten. Weiter, im nächsten Winter werden in Genf die Kurse und Seminarien des Instituts für höhere internationale Studien beginnen, das, ohne offiziell vom Völkerbunde abzuhängen, in enger Fühlung mit ihm arbeiten und für ihn eine Art Kadettenschule wohlvorbereiteter Beamter werden wird. Aber weder im Verwaltungsrate, noch im Lehrkörper dieses Instituts findet sich ein einziger Katholik; ja, sein protestantischer, sogar liberal-protestantischer und jüdischer, sowie freimaurerischer und sozialisierender, um nicht zu sagen: sozialistischer Charakter, ist stark betont. Ist das nicht eine Warnung für unsere katholischen Universitäten und Hochschulen? Müßten diese nicht den Unterricht im internationalen Recht und im Völkerrecht mehr als bisher pflegen, Seminarien gründen und ein Diplom für internationale Studien einführen, das jungen Katholiken den Eintritt in diese neue Karriere erleichtern würde, indem es ihnen gleichzeitig eine gediegene religiöse und philosophische Ausbildung sicherte?

Die Tätigkeit, die der Völkerbund auf dem humanitären Gebiete entfaltet, — Schutz des Kindes und der Jugend, Kampf gegen die Rauschgifte, gegen den Sklavenhandel, den Mädchenhandel, gegen Schmutz und Schund, Organisation der Hilfe bei Katastrophen usf. — ist für die Zukunft unserer katholischen Werke in hohem Maße beunruhigend, wie überhaupt für die christliche Auffassung von der Caritas. Diese Tätigkeit des Völkerbundes ist gefährlich für die christliche Auffassung, denn sie trägt in sich die Tendenz, die individuelle Caritas zu ertöten; sie ist gefährlich für unsere Werke der Wohltätigkeit, denn sie neigt dazu, alles caritative Tun zu zentralisieren und zu verstaatlichen. Auch auf diesem Gebiete wird eine Defensivbewegung notwendig. Wir stellen sie uns vor in der Form systematischer Fühlung zwischen den internationalen katholischen Organisationen, die sich den Werken der Caritas widmen. Es wäre sogar dringend, die eine oder andere solcher Organisationen neu zu schaffen: Wir denken hier insbesondere an den Kinderschutz.

Schließlich wäre daran zu erinnern, daß ein Kontakt zwischen katholischen Journalisten ebenfalls wünschenswert ist. Desgleichen ist planmäßiges katholisches Vorgehen auf dem Gebiete des Kinematographen und namentlich des Lehrfilms, dieses machtvollen Instruments in den Händen unserer Gegner, unumgänglich nötig geworden.

Ich möchte schließen, indem ich einen Alarmruf, einen Ruf nach Sammlung ausstoße. Die Katholiken aller Länder haben die gebieterische Pflicht, ihre Augen zu öffnen, bevor es zu spät ist; jenen ihrer Religionsgenossen, die bereits wie Roland bei Roncevaux oder wie Winkelried bei Sempach, auf internationalem Gefilde im Kampfe stehen, beizuspringen und hinter ihnen eine Mauer von Eisen zu bilden. Diese Pflicht obliegt ganz besonders der katholischen Vereinigung für internationale Studien (Union catholique d'études internationales), deren Vorsitz als eine ehrenvolle Bürde mir zugefallen ist.

Hörsings Rücktritt vom Amt

Er scheidet als Oberpräsident von Magdeburg aus — Die Folge seiner Kundgebung zu den Wiener Unruhen

Magdeburg, 25. Juli.

Auf der Reichstagung des Reichsbanners Schwarz-rot-gold erklärte gestern Oberpräsident Hörsing, daß er sich nach Rücksprache mit Ministerpräsident Brauns und Innenminister Grzesinski entschlossen habe, von dem Posten des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen zurückzutreten, um sich in Zukunft allein den Angelegenheiten des Reichsbanners Schwarz-rot-gold widmen zu können.

Zur Begründung seines Schrittes führte Hörsing aus: Die Gegner der Republik hätten sich drei Steckenpferde ausgesucht, auf denen sie herumreiten wollten: Das Reichsbanner, die preußische Staatsregierung und ihn, Hörsing. Gegen das Reichsbanner und seine Führer würden seit einiger Zeit unglaubliche Verleumdungen ausgesprochen. Die Hetze gegen ihn habe eingesetzt, um ihn in seiner Eigenschaft als Abgeordneter des Reichsrates und als Oberpräsident mundtot zu machen. Er habe nie gegen die Reichsregierung als solche geschimpft, habe überhaupt auf niemand geschimpft, sondern habe nur eine sachliche Kritik an der deutschnationalen Partei und ihren Abgeordneten, dem jetzigen Reichsminister Dr. Hergt geübt. Dies habe er in der Meinung getan, daß die Auslassungen Hergts in Königsberg „Laßt uns gen Ostland reiten" dem Reichsminister Dr. Stresemann Unannehmlichkeiten bringen könnten. Er stehe auch heute noch hinter dieser seiner Kritik und nehme kein Wort davon zurück. Der Sturm, den diese Kritik im nationalen Lager gegen das Reichsbanner entfesselt habe, habe nur den Zweck gehabt, die Reichsregierung gegen das Reichsbanner aufzuwiegeln.

Zu seinem Aufruf zu den Wiener Ereignissen und der Stellungnahme der Reichsregierung bemerkte Hörsing: In Oesterreich gebe es leider nur eine republikanische Partei und das sei die Sozialdemokratie (!!) und der aus dieser hervorgegangene republikanische Schutzbund. Die Christlichsoziale Partei habe monarchistische und faschistische Tendenz (!) und sei ungefähr mit der Bayrischen Volkspartei zu vergleichen, nicht aber mit der Deutschen Zentrumspartei. Die österreichische Regierung habe sich bei den Wiener Ereignissen alles andere als geschickt gezeigt. Die österreichischen Republikaner hätten jedoch das Unheil abgewandt und damit, wenn nicht einen Weltkrieg, so doch mindestens einen furchtbaren Bürgerkrieg verhindert. Hierfür habe er ihnen zu danken, was er auch in seinem Aufruf zum Ausdruck gebracht habe. Auch hiervon nehme er keine Silbe zurück.

Hörsing schloß: Für die Stärkung der republikanischen Front sei ein geschlossenes diszipliniertes Reichsbanner und eine vom Vertrauen getragene Führung von höchstem Wert; dafür dürfe kein Opfer groß genug sein. Er habe sich aus diesem Grunde entschlossen, auf seinen Oberpräsidentenposten zu verzichten. Er habe nach Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten und dem preußischen Innenminister schriftlich gebeten, ihn von seinen Amtspflichten als Oberpräsident der Provinz Sachsen zu entbinden. **Er wolle als politisch freier Mann an der Spitze des Bundes stehen; ohne Rücksicht auf ein Amt wolle er wie bisher handeln und arbeiten.** Den Kampf gegen die Feinde der Republik habe er für die vornehmste Pflicht gehalten. Die überparteiliche Grundlage des Reichsbanners sei in keinem Falle verlassen worden. Das Reichsbanner werde dafür eintreten, daß die Feinde der heutigen Staatsform aus den Reichs- und Länderregierungen verschwänden und Republikaner an ihre Stelle träten. Er marschiere seinem klaren Ziele zu und werde bei der nächsten Wahl mit allen Kräften für den Sieg der Republik kämpfen.

•

Der Schritt Hörsings scheint uns richtig zu sein. Es geht in der Tat nicht an, daß ein Beamter in solcher Stellung öffentlich eine Regierung angreift, zu der das Reich in freundnachbarlichen Beziehungen steht.

Die weitere Tätigkeit des Bundespräsidenten Hörsing werden wir rein sachlich beurteilen. Wenn es seine Absicht ist, das Reichsbanner in der bisherigen Form zu erhalten, dann kann man seine Ausfälle gegen die Christlichsozialen Oesterreichs nicht als glücklich bezeichnen. Oder sollte der Herr Bundesvorsitzende andere Absichten haben?

Um das Reichsschulgesetz.

Das „Berliner Tageblatt" hatte heute berichtet, das Reichsschulgesetz sei dem Reichsrat bisher noch nicht zugegangen. Wie wir demgegenüber hören, ist diese Nachricht unrichtig. Die Vorlage des Reichsschulgesetzes ist vom Reichsrat den Ausschüssen bereits zugegangen, die Begründung des Reichsministeriums des Innern, die gegenwärtig noch ausgearbeitet wird, wird dem Reichsrat ebenfalls so zeitig zugestellt, daß die Reichsratsausschüsse sich Anfang September wie vorgesehen, mit der Vorlage beschäftigen können. Dem Reichstag würde dann, wie ebenfalls vorgesehen, die Vorlage nach der Verabschiedung im Reichsrat vorgelegt.

SLUB
Wir führen Wissen.